

Pressemeldung

PRESSEDIENST

Lützowstraße 32
45141 Essen
Tel. (02 01) 31 05 - 0
Fax (02 01) 31 05 - 276
info@awo-niederrhein.de
www.awo-nr.de

V.i.S.d.P.:
Klaus Neubauer
Durchwahl: 213
klaus.neubauer@
awo-niederrhein.de

09. 07. 2013

EU-Freizügigkeit und Zuwanderung aus Südosteuropa

AWO fordert Versachlichung der Debatte und Soforthilfe

Die AWO beklagt die zunehmende Emotionalisierung der öffentlichen Diskussion um die wachsende Zahl von ZuwanderInnen im Rahmen der EU-Freizügigkeit und kristisiert vor allem Bundesinnenminister Friedrich, der der angeblichen „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ einen Riegel verschieben und die EU-Freizügigkeitsrechte einschränken will. Eine ganz andere Sicht der Dinge hat die AWO Niederrhein. Ihr scheint eine Versachlichung der aufgeheizten öffentlichen Debatte und medialen Aufmerksamkeit dringend geboten.

Deshalb hat sie zu einer Fachtagung zum Thema „EU-Freizügigkeit“ in die Alte Feuerwache, Duisburg Hochfeld eingeladen. Mehr als 160 TeilnehmerInnen aus Politik, Verwaltung und Wohlfahrtsverbänden – doppelt so viele wie von den Veranstaltern erwartet – kamen zu dieser Veranstaltung am 8. Juli und belegen das große Interesse an diesem Thema. Sie haben sich dabei nicht nur mit Zahlen, Daten und Fakten befasst, sondern auch konkrete Lösungsansätze erarbeitet und klare Forderungen formuliert, die den Verschiebepbahnhof der Zuständigkeiten zwischen Kommune, Land, Bund und EU endlich beenden sollen, um den ZuwanderInnen kurzfristig zu menschenwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verhelfen.

„EU-feindlich, verantwortungslos und menschenunwürdig,“ nannte die Landtagsabgeordnete und AWO-Niederrhein-Vorsitzende Britta Altenkamp Einlassungen von Innenminister Friedrich, der Vorurteile verstärke und Fremdenfeindlichkeit schüre. „Wir treten grundlegende Menschenrechte mit Füßen, wenn wir den hier rechtmäßig lebenden UnionsbürgerInnen Bildung, Gesundheit und ein menschenwürdiges Leben verweigern! Und davon abgesehen beklagen wir den Fachkräftemangel, überlegen, wie wir Beschäftigte aus anderen Ländern anwerben können und bemühen uns gleichzeitig, bereits hier lebende und zu einem großen Teil gut ausgebildete Menschen wieder in ihre Herkunftsländer zurück zu schicken, beziehungsweise die Grenzen dicht zu machen. Das ist doch völlig schizophren!“, empörte sich Altenkamp bei der Eröffnung der Fachtagung. Die Ergebnisse dieser Tagung will die AWO nutzen, um den politischen Druck zu verstärken, damit Armut, Ausgrenzung und Ausbeutung der Zugewanderten endlich beendet werden.

Andrea Demming-Rosenberg, stellvertretende AWO-Bezirksvorsitzende, lebt seit vielen Jahren in Hochfeld und hat auch dort die Erfahrung gemacht, dass Armut wieder sichtbar - und unübersehbar - geworden ist. „Prekäre Lebenssituationen wie im sogenannten Problemhochhaus, Matratzenlager in baufälligen Gebäuden, Arbeiterstrich und eine mangelnde Gesundheitsversorgung sind in unserem reichen Land völlig unerträglich! Ausbeutung ist eine viel zu freundliche Formulierung für die Beschreibung dieser menschenverachtenden Zustände!“, empört sich Demming-Rosenberg.

Martin Weinmann vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen (SVR) belegte mit den Ergebnissen des SVR-Jahresgutachtens, dass die EU-Freizügigkeit als Erfolgsmodell zu betrachten ist, das die Folgen des demografischen Wandels abfedert. Fast zwei Drittel aller Neuzuwanderer, die nach Deutschland kommen, stammen aus einem EU-Mitgliedstaat. Sie sind durchschnittlich jünger und besser ausgebildet als die Mehrheitsbevölkerung in Deutschland. Die Sorge, dass eine Zuwanderung in die Sozialsysteme erfolge, sei völlig unbegründet und lasse sich mit harten Fakten nicht belegen.

Claudius Voigt von der Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) verwies auf die Widersprüche zwischen deutschem und europäischem Recht und die sich daraus ergebenden - zum Teil gravierenden - Auswirkungen. So werden z.B. Rechtsansprüche der Zuwanderer auf Sozialleistungen nicht gewährt. Als Folge verzeichnen Großstädte wie Duisburg oder Dortmund nicht nur eine Ghettoisierung von Zugewanderten in sozial schwachen Stadtteilen sondern auch eine Renaissance von Suppenküchen und Armenspeisungen.

Für Karl-August Schwarthans, Geschäftsführer der AWO Integrations gGmbH in Duisburg sind viele der sozialen Probleme und Schief lagen hausgemacht. Schwarthans beklagt: „In der Einzelberatung und in den Projekten speziell für Familien aus den Herkunftsländern Rumänien und Bulgarien erkennen wir strukturelle Diskriminierung. Trotz Schulpflicht werden - nicht nur in Duisburg - Kinder systematisch aus dem Bildungssystem ausgeschlossen! In einem Bundesland, mit dem Motto „Kein Kind zurücklassen“ ist so etwas nicht akzeptabel!

Vo diesem Hintergrund fordert die AWO als Soforthilfen einen uneingeschränkten und kostenfreier Zugang zu Sprach- und Integrationskursen, den Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Kindertagesstätten und Schulen, einen Gesundheitsfonds, der die Versorgung nicht ausreichend Krankenversicherter abdeckt sowie ein bedarfsorientiertes Beratungsangebot. Darüber hinaus müsse Rechtssicherheit und Rechtsklarheit geschaffen werden und eine Gleichbehandlung bei der Gewährung von Sozialleistungen.

Weitere Informationen:

Michaela Rosenbaum

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V.

Lützowstraße 32, 45141 Essen

Tel./FAX: 02 01 - 31 05 - 202 / - 253, michaela.rosenbaum@awo-niederrhein.de, www.awo-nr.de